

Craig Calhoun

## Populistische Politik in der Klassengesellschaft

Populistische Demokratie und nicht Klassenbewußtsein ist die ideologische Hauptstütze radikaler Politik in den USA. Diese einfache Tatsache hat sowohl die wirkliche Bedeutung von Klassenunterschieden verwischt als auch zu einer ganzen Reihe von wenig überzeugenden Erklärungen für den ›amerikanischen Sonderweg‹ geführt.

Das Fehlen einer starken sozialistischen Bewegung in den USA ist kein Beleg dafür, daß Klassenunterschiede hier keine Rolle spielen. Erstens: Auch der europäische Sozialismus hat sich nicht ausschließlich aus der Klassenlage heraus entwickelt; vielmehr resultiert ein Großteil der Stärke europäischer Arbeiterorganisationen aus gemeinsamen Erfahrungen im Wohnumfeld und bezüglich der allgemeinen Lebensbedingungen. Es gehört zu den grundlegenden Merkmalen des ökonomischen Systems der USA, daß zwischen der Stellung im Produktionsprozeß – also der Klassenlage – und dem Wohnumfeld keinerlei eindeutige Beziehung besteht. Ausgenommen einige ethnische Enklaven, haben amerikanische Arbeiter selten so eng beieinander und auf Dauer in gemeinsamen Siedlungen gewohnt, selten auch auf Dauer im selben Arbeitszusammenhang gearbeitet wie ihre europäischen Kollegen. Sie wechseln die Arbeitsstelle und den Wohnort viel öfter: im Durchschnitt zieht der Amerikaner vierzehnmal in seinem Leben um. Sie leben in Einfamilienhaussiedlungen, in Vorstädten, für europäische Verhältnisse unvorstellbar weit von ihren Arbeitsplätzen entfernt – und das ist seit langer Zeit so. Bei politischen Aktivitäten unter amerikanischen Arbeitern kann man nur verhältnismäßig wenige und schwache informelle Beziehungen und Solidaritätserfahrungen in der Klasse voraussetzen.

Formelle Organisationen wie Gewerkschaften vertreten ca. 25% der Arbeiter, weniger als in allen europäischen Ländern. Zudem sind die meisten Gewerkschaften auf enge ökonomische Interessenwahr-

nehmung ausgerichtet und nicht auf sozialistische Politik im weiteren Sinne. Die Schwäche der Arbeiterorganisationen ist das Ergebnis einer langen Geschichte von Niederlagen und eines brutalen ›Klassenkampfes von oben‹. Die Einwanderung hat wiederholt die Arbeiterklasse gespalten, und auch heute noch ist die ethnische Zugehörigkeit einer der entscheidenden Faktoren, die dem Wohnumfeld Vorrang vor der Klassenlage einräumen. Aber es gibt auch positive Gründe dafür, daß die Klassenlage sich einfach nicht in massenhafter politischer Mobilisierung niederschlägt. Aufgrund der langen Tradition einer, wenn auch begrenzten, politischen Demokratie und aus sozio-ökonomischen Gründen, auf die ich noch zu sprechen komme, haben amerikanische Arbeiter das Gefühl, als Bürger eines Gemeinwesens auch mit Menschen jenseits der Klassengrenzen verbunden zu sein. Ein Großteil der Politik hat stärkere Wurzeln in der Gemeinde als in den Klasseninteressen. Wo die Zugehörigkeit zum Gemeinwesen beschränkt oder in Frage gestellt wird, findet radikale oder reformistische Politik eine Mobilisierungsbasis.

Klassenunterschiede sind durchaus real. Der Unterschied zwischen den Reichsten und den Ärmsten in den USA ist enorm. Die wohlhabendsten 1% der Bevölkerung besitzen fast 25% des persönlichen Eigentums, mehr als 56% des Produktivvermögens und einen ähnlich unverhältnismäßigen Anteil an allen anderen Vermögensformen. Gleichzeitig leben immer noch 14% der Amerikaner unter der offiziellen, von der Regierung definierten ›Armutsgrenze‹. Die ärmsten 20% der Bevölkerung erhalten nur 5% des Gesamteinkommens, die wohlhabendsten 20% erhalten fast die Hälfte. Aber der Unterschied zwischen Arm und Reich ist nicht das, was Karl Marx mit Klassenunterschied meinte, und er reicht auch nicht aus, um darauf eine klassenbewußte Politik zu begründen.

Daß so viel Ungleichheit in den USA kein Klassenbewußtsein erzeugt, liegt vor allem daran, daß einige wenige begehrte Konsumgüter, denen eine Schlüsselfunktion zukommt, sehr vielen, wenn auch immer noch nicht allen gleichmäßig, zugänglich sind. Fast zwei Drittel aller amerikanischen Familien besitzen ein eigenes Haus oder eine eigene Wohnung mit durchschnittlich sechs Zimmern pro Haushalt. Die öffentlichen Bildungseinrichtungen können seit langem von fast allen amerikanischen Kindern kostenlos besucht werden. Um in höhere Klassenpositionen einzurücken, ist es in viel geringerem Umfang erforderlich, die Grenzen des eigenen Milieus bewußt und sichtbar zu überschreiten (obwohl die Mobilitätsanfor-

derungen in den USA keineswegs geringer sein dürften als in Europa). Der breit gestreute Besitz von Autos, niedrige Benzinpreise und ein ausgebautes Netz von Straßen und Autobahnen erlauben es Amerikanern aller Klassen seit langem, sich in einem Maße frei zu bewegen, wie es in Europa trotz leistungsfähiger Transportsysteme kaum möglich ist. Daß diese Bewegungsfreiheit in der Form des Privateigentums und nicht via öffentlicher Dienstleistung angeboten wurde (jedenfalls dem Schein nach, denn die Autofahrer denken über die Kosten des Straßenbaus nicht nach), hat die Befriedigung noch erhöht, die die Amerikaner aus ihrer Romanze mit dem Automobil gewannen. Die Liebe zum Auto ist der Archetyp einer allgemeinen Faszination durch Gebrauchsgüter, wie sich an der weiten Verbreitung von Mikrowellenherden, Videoapparaten und Heimcomputern zeigen ließe.

In jedem der Schlüsselbereiche des Konsums – Wohnung, Bildung und Verkehr –, die hier ein ganzes Spektrum privat verfügbarer Gebrauchsgüter symbolisieren, scheint die amerikanische Gesellschaft den einfachen Bürgern große Chancen der Teilhabe zu bieten und im Prinzip niemand auszuschließen. Die demokratische Verheißung der amerikanischen politischen Kultur, die die USA im 19. Jahrhundert positiv vom größeren Teil Europas abhob, wird verstärkt und erweitert durch die scheinbar gleiche Zugänglichkeit dieser und anderer Konsumgüter für alle Bürger. Gleichzeitig trug die Faszination durch diese Konsumgüter dazu bei, daß die Aufmerksamkeit von den bestimmenden Faktoren des Arbeitsplatzes und der Produktionssphäre abgezogen und auf Einkommensfragen und direkte Diskriminierung in der Reproduktionssphäre fixiert wurde. Probleme traten immer dann auf, wenn sich die Zugänglichkeit der Konsumtionssphäre für alle als Illusion erwies.

Der Zugang der breiten Mittelschichten der amerikanischen Bevölkerung zu Krediten und guten Privatwohnungen wurde teilweise durch öffentliche Finanzierungshilfen gefördert. (Z. B. kann man in den USA Kreditzinsen vom zu versteuernden Einkommen abziehen.) Das Wuchern von Vorortsiedlungen mit lauter Einfamilienhäusern zerstörte nicht nur das öffentliche Leben, vor allem das Gemeindeleben in den USA und erlaubte die faktische Aufrechterhaltung rassischer und klassenspezifischer Separierung, sondern vereitelte auch jeden ernsthaften Versuch, gute und billige öffentliche Wohnungen bereitzustellen. Sogar der private Mietwohnungsmarkt litt darunter so sehr, daß es ihn heute nur noch in wenigen Städten und dort in Bezirken mit hoher Fluktuation, wie in Universitätsge-

genden, gibt. (Zur Zeit lassen sich viele Eltern von Collegestudenten überreden, für ihre Kinder Appartements zu kaufen, wodurch es für die ärmeren Studenten schwerer wird, in der Nähe der Universität eine Wohnung zu finden.) Der Aufstieg zum Hausbesitzer war für viele Arbeiter mit hohen Kosten verbunden, und er spaltete sie von jenen Kollegen ab, die nur geringfügig weniger verdienten. Er förderte bei ihnen konservative Haltungen – sie verstanden sich nun als Eigentümer, die auf den Schutz ihres Eigentums angewiesen waren –; und sie begannen zu fürchten, daß radikale Veränderungen der Gesellschaft sie der Freude am eigenen Heim, für dessen Erwerb sie so hart hatten arbeiten müssen, berauben könnten.

Eine der größten demokratischen Errungenschaften in den USA war die Schaffung eines öffentlichen Bildungswesens. Aber dessen demokratische Funktion wurde sowohl durch die in ihm vermittelte Ideologie als auch durch die nur scheinbare Chancengleichheit bei der Auslese unterminiert. Die Auslese durch Zuweisung zu höheren oder niedrigeren Bildungsgängen geschah in den USA immer weitgehend informell. Zwar gab es Schüler und Studenten, die von bestimmten Kursen, Disziplinen und Fördermaßnahmen ausgeschlossen wurden, aber die entscheidenden Weichenstellungen erfolgten weniger sichtbar. Direkter Ausschluß hätte den Zorn der Betroffenen oder ihrer Eltern erregen und sie zur Verfolgung demokratischer Reformziele anstacheln können. Aber das System bot tatsächlich fast jedem die Chance, einen vorgeblich angemessenen Bildungsgang zu absolvieren. Dies führte zusammen mit dem verbreiteten Einsatz standardisierter Tests zu der Überzeugung, daß die Auslese tatsächlich nur nach persönlicher Leistung erfolge. Vermittelt und vertieft wurde diese Überzeugung durch sogenannte ›Berater‹. Die Schüler und Studenten lernten, daß es ihr eigener Fehler war, wenn sie im Bildungssystem nicht erfolgreich waren, wenn sie nicht reich wurden oder nicht in die Mittelklasse aufstiegen. Statt der streng unterschiedenen Schultypen mit streng geregelten Zugangsbestimmungen, wie sie in Europa typisch waren – Gymnasien, Mittelschulen, Technika usw. – entwickelte sich in den USA ein weites Spektrum unterschiedlicher Bildungsgänge im selben sekundären Schultyp. Hätte man die Schüler, die für niedrigere Arbeiten bestimmt waren, in separaten Schulen isoliert, so hätten sie vielleicht ein gewisses Maß an Gruppensolidarität und Selbstbewußtsein entfalten und in gemeinsamer Anstrengung eine gesellschaftliche Stellung erringen können, die die amerikanische High School ihnen de facto vorenthielt.

Wie trotz eines hohen Grads an schichtenspezifischer Differenzierung dennoch das Gefühl erzeugt wird, zu einer einheitlichen Mittelklasse zu gehören, wird am deutlichsten an der Hochschulbildung. Fast die Hälfte aller jungen Amerikaner besucht eine jener Institutionen, die College oder Universität heißen. Der Glaube an die Chancengleichheit wird gefördert durch die Vernebelung der gewaltigen Unterschiede in der Qualität, in der inhaltlichen Ausrichtung der Studiengänge und der Finanzausstattung. Es gibt in der Tat in diesem Bildungssystem Möglichkeiten des Aufstiegs von einer Klasse zur nächsten, wie es sie in Europa kaum gibt. Arbeiterjungen, die in einem Junior-College anfangen, Automechanik zu studieren, können im Prinzip schließlich Rechtsanwalt oder Universitätsprofessor werden. Das System bietet Optionen in Hülle und Fülle, aber es vernebelt zugleich die Tatsache, daß das System selbst, und nicht der einzelne Student, in hohem Maße bestimmt, wer was studiert, und daß diese Selektion weitgehend klassenspezifisch ist. Nach einer bekannten Untersuchung lassen sich die amerikanischen Colleges und Universitäten in drei Gruppen einteilen: eine Handvoll elitärer Privatinstitutionen mit vielleicht 1% der Studenten; eine etwas größere Gruppe der guten privaten und der besten öffentlichen Universitäten mit etwa 10% der Studenten; und der ganze Rest. Der Zugang ist weitgehend, aber durchaus nicht ausschließlich, nach der Leistung geregelt; über den Ruf und die finanzielle Ausstattung der Institutionen entscheiden vielfach auch ganz andere Kriterien. Wenn man eine dieser drei Hochschulgruppen wählt, hat dies weitreichende Konsequenzen. In der ersten Gruppe führt der Erwerb eines Bachelorgrades zu einer Steigerung des Lebensinkommens von ca. 86%, bei der zweiten sind es ca. 52% und bei der dritten ändert sich dadurch nichts. Die Tatsache, daß man zur großen Zahl der College-Absolventen und somit vermeintlich zur amerikanischen Mittelklasse gehört, versperrt den Blick dafür, daß die tatsächlichen Chancen enorm verschieden sind. Das Gefühl, ein Teil der Arbeiterklasse zu sein, wird durch den Collegebesuch oder durch die Aussicht, die eigenen Kinder zum College zu schicken, ausgehöhlt, und zwar unabhängig von der tatsächlichen Veränderung der Klassenlage und unabhängig von der tatsächlichen sozialen Mobilität.

Die Mehrheit der Amerikaner hat Zugang zu einer verwirrenden Vielfalt von Konsumgütern. Dies ist weitgehend die Folge eines extrem hohen Niveaus des privaten Konsumkredits, woraus wieder wachsende Ängste bei vielen Amerikanern der Mittel- und der Ar-

beiterklasse entstehen, die freilich nicht zur Radikalisierung führen. Das Auto spielt in diesem Zusammenhang eine Schlüsselrolle, denn es ist nicht nur ein attraktives Gebrauchsgut, dessen Wert durch Styling-Moden und intensive Werbung noch künstlich gesteigert wird, sondern ein Gebrauchsgegenstand, der wie kein anderer Freiheit und Unabhängigkeit verkörpert. Im Gegensatz zum Zugreisenden ist es der Autofahrer selbst, der dafür sorgt, daß er ans Ziel gelangt. Das Auto kann eine Verlängerung des Selbst sein, ein Statussymbol, aber auch ein Stück Persönlichkeit, das auch durch die höchste Klasse in der Eisenbahn nicht ersetzt werden kann. Da man zwischen ungeheuer vielen Styling- und Ausstattungsvarianten wählen kann und auch die Anschaffungspreise gewaltig differieren, entsteht fast zwangsläufig der Eindruck, daß man sich sein ganz persönliches Auto ausgesucht hat. Wenn man nicht sehr reich ist oder so arm, daß man sich kein Auto leisten kann – und das bedeutet in den USA tatsächlich extreme Armut – spürt man jeweils gleichzeitig das Gefühl, sich das Auto auszuwählen, das den eigenen Wünschen entspricht, und die Frustration, weil es immer noch ein Auto gibt, das begehrenswerter, aber leider außer Reichweite ist. Dies gilt allgemein für eine Konsumgesellschaft, die eine große Anzahl von Wahlmöglichkeiten bietet. Dasselbe System, das den Konsumenten zur Identifikation mit den angebotenen Gütern verleitet, verbaut ihm den Zugang zu Begehrenswerterem. Dazu kommt, daß die meisten Autos (und anderen Gebrauchsgüter) auf Kredit gekauft werden; die Abzahlung erstreckt sich gewöhnlich über vier bis fünf Jahre. In der Zwischenzeit geht das Auto kaputt und veraltet. Auf diese Weise steckt im aufregendsten Kauf schon der Keim der Enttäuschung. Es ist nicht ausgemacht, daß das Versagen der USA bei der Bereitstellung eines öffentlichen Transportsystems unabänderlich ist; sicher ist aber, daß die Privatisierung des Transports bedeutende politische Konsequenzen hat.

Ernsthafte und dauerhafte materielle Not ist nicht typisch für die ökonomischen Probleme, unter denen die Nicht-Besitzenden in den USA zu leiden haben. Zwar ist Armut für 12 bis 14% der Bevölkerung immer noch handfest real, aber keineswegs für die Arbeiterklasse als ganze. Ein Gefühl relativer Benachteiligung ist sicher weiter verbreitet. Aber die beständige Not der arbeitenden Menschen in Amerika besteht weder in absoluter noch in relativer Armut, sondern in existentieller Unsicherheit. Wenn auch nur verhältnismäßig weniger Amerikaner in ausgesprochener Armut leben, so sind doch viele in ihrer Existenz bedroht, auch wenn sie todschick einge-

richtet sind. Krisen wie die jüngste Rezession, die mit technologischer Arbeitslosigkeit und der Verweigerung öffentlicher Hilfe für die Bedürftigen einherging, hat Millionen von Menschen zwar nicht dem Hungertod ausgeliefert, aber sie und ihre Familien doch enormen Zerreißproben ausgesetzt. Darüber hinaus leben weitere Millionen Menschen in der Furcht, daß sie als nächste drankommen könnten. Im Winter 1982/83 erreichte die Arbeitslosigkeit weit mehr als 10% (sogar nach den notorisch zu optimistischen Angaben der Regierung). Sie betraf 15% der Arbeiter, 16% aller Männer zwischen 20 und 25 Jahren, 19% der Schwarzen und 50% der schwarzen Jugendlichen.

Wohnungseigentum, Bildungsmöglichkeiten und anspruchsvolle Gebrauchsgüter sind so weit gestreut, daß das Gefühl demokratischer Chancengleichheit dadurch erheblich verstärkt wird. Und diese Tatsache trägt dazu bei, daß die Aufmerksamkeit sich mehr auf die gemeinsamen alltäglichen Bedürfnisse richtet als auf klassenmäßig differenzierte Interessen. Aber die begehrten Güter sind auch stets gefährdet: das eigene Häuschen durch Einbrecher oder Steuererhöhungen, die erworbene Ausbildung durch den Wechsel der Anforderungen am Arbeitsplatz, die Bewegungsfreiheit durch den Zwang, sich immer wieder neu die notwendigen Mittel der Fortbewegung zu beschaffen. Alle diese Dinge sind Teile einer zerbrechlichen, aber wütend verteidigten Welt privaten Besitzerstolzes und familiärer Sorge. In einer Wirtschaft, die zyklischen Krisen und einer permanenten technologischen Revolution und industriellen Umorganisation unterworfen ist, erzeugt der Klassenunterschied eher Angst als Solidarität, eher ängstliches Streben nach der Bewahrung des Erworbenen als den Wunsch nach einer besseren Gesellschaft. Es ist nicht sehr wahrscheinlich, daß die amerikanische Linke Menschen dadurch mobilisieren kann, daß sie das Gefühl für die Klassenschranken schärft. Größere Chancen bietet der Versuch, das Leben in der Gemeinde zu revitalisieren, die Vereinzelung des Konsumenten zu überwinden, auf den Bürgersinn der Amerikaner zu setzen und auf ihre Widerstandsfähigkeit, wenn die Bürgerrechte bedroht werden.

Die Armen in den USA sind zum überwiegenden Teil Schwarze, Lateinamerikaner, Indianer und Mitglieder anderer Gruppen, die in ihrer Armut eher eine Folge des vorenthaltenen vollen Bürgerstatus denn eine Auswirkung klassenspezifischer Benachteiligungen sehen. Die Mehrheit der Amerikaner – und diese umfaßt auch die bessergestellten Schwarzen und Lateinamerikaner – kümmert sich mehr

um den Schutz ihrer Familien, ihrer Wohnviertel, ihres Besitzes als um Versuche der Neuverteilung der Güter und Lebenschancen auf Klassenbasis.

Nichts von alledem ist Ausdruck einer neuen ›post-industriellen‹ oder ›post-ideologischen‹ Epoche. Im Gegenteil handelt es sich hier um traditionelle Züge der amerikanischen Gesellschaft; neuere Trends stellen diese traditionelle Orientierung eher in Frage. Zwar ist es richtig, daß durch technologischen Wandel, veränderte Investitionsmuster und eine Neuverteilung der beruflichen Chancen auch die Klasseneinteilung in den USA sich verändert hat. Aber der Aufstieg der Angestellten hat uns nicht alle in elitäre Freiberufler, Universitätsprofessoren und Spitzentechniker verwandelt. Im Gegenteil: Viele der Angestellten im hochgelobten ›Informationssektor‹ sind genauso unqualifiziert, unterbezahlt und abhängig wie ihre Vorläufer in der Schwerindustrie. Tippen ist Handarbeit. Die Arbeit im Informationssektor ist oft gekennzeichnet von Monotonie und kann ebenso leicht durch technologischen Wandel ersetzt werden wie in den anderen Sektoren. Wahrscheinlich werden im Dienstleistungssektor in größerem Umfang und dauerhafter Arbeitsplätze geschaffen werden. Aber auch hier werden oft Minimallöhne gezahlt, die Arbeit und die Arbeitsbedingungen sind nicht selten wenig attraktiv und die Aufstiegschancen durchweg schlecht. Die Umschichtung in der amerikanischen Arbeitnehmerschaft stellt eine Herausforderung für die Gewerkschaften dar, aber nicht, weil sie zur Aufhebung der Klassen führte. Neue Technologien und damit zusammenhängende Veränderungen bedrohen die ›breite Mitte‹ der amerikanischen Bevölkerung. Die kleinen selbständigen Betriebe, von den Bauern bis zum Handwerk, sind dem wachsenden Druck zentralisierender Kräfte ausgesetzt; dennoch kümmert sich die Linke um sie kaum. Gutbezahlte Stellen für Angestellte und Arbeiter sind Mangelware. Die Modernisierung der amerikanischen Wirtschaft nach den Bedürfnissen des Großkapitals kann durchaus zu einer Polarisierung in der amerikanischen Gesellschaft führen, die ohne Beispiel in unserer Geschichte ist. Es gibt ein Potential, das auf eine solche Bedrohung mit radikalen Antworten reagieren könnte.

Bisher sind die radikalsten politischen Bewegungen in den USA immer dann entstanden, wenn es um die Durchsetzung voller Bürgerrechte ging (wie in der Bürgerrechtsbewegung der 50er und 60er Jahre) oder wenn es galt, diesbezügliche Errungenschaften zu verteidigen (wie in der populistischen Bewegung des 19. Jahrhunderts mitsamt ihren Nachwirkungen). Diese Politisierung ist nicht das-



selbe wie Klassenbewußtsein; sie beruht zumeist mehr auf Gemeinsamkeiten der Wohn- und Lebenssituation als auf formaler Organisation entlang klassenspezifischer Zuordnungen, aber sie kann einen hohen Grad an Radikalität erreichen und Teil einer dezidiert demokratischen Reformpolitik werden. Sowohl die große Mehrheit der Demokratischen Partei als auch der amerikanischen Sozialisten haben bisher die Bedeutung dieses Sachverhalts verkannt und deswegen das radikale Potential, das darin steckt, nicht nutzen können. Präsident Reagan hat es dagegen verstanden, die Mentalität der amerikanischen Mehrheit unter dem Motto ›Glaube, Flagge, Familie‹ zur Popularisierung seiner Politik zu nutzen, obwohl seine Politik gegen die diese Mentalität prägenden Fixierungen und Loyalitäten gerichtet ist! Das eigene Haus wird für immer mehr Amerikaner unerschwinglich und die Zinsen bleiben hoch. Die Schulen haben große Probleme und viele Mittelklassen- und Arbeiterkinder können aus finanziellen Gründen die besseren Hochschulen nicht mehr besuchen. Die amerikanischen Straßen verfallen und das Eisenbahnnetz ist schon fast vollständig zerstört. Wenn es in den USA Klassenkampf gibt, dann von oben nach unten. Die amerikanische Linke, sowohl die gemäßigte als auch die radikale, sollte über die Sorgen der einfachen Leute reden, über das Wohnungsproblem, über angemessene Erziehung, über die Verkehrsprobleme und natürlich über Arbeitsplätze. Diese Themen stellen sich den Amerikanern zuerst und vor allem aus der Perspektive der Familie und der Wohngemeinde, nicht aus der der Klasse.

(Aus dem Amerikanischen von Johano Strasser)